



Norbert Zeller, MdL

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Vorsitzender des Schulausschusses

E-Mail: norbert.zeller@spd.landtag-bw.de
Internet: www.norbertzeller.de

„Ohne Angst verschieden sein zu können“ (Adorno)

„Es ist normal verschieden zu sein“ (Lebenshilfe)

Eckpunktepapier der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Baden-Württemberg braucht ein inklusives Bildungssystem

1. Ausgangslage

Das bestehende Schulsystem basiert auf Separation und muss überwunden werden zu einer „Schule für alle“.

Die sonderpädagogische Förderung in Sonderschulen und allgemeinen Schulen sind in § 15 SchG verankert. Es gibt 9 verschiedene Sonderschularten. 2006 besuchten rund 54.300 Schülerinnen und Schüler (4,55 %) eine Sonderschule. Auffällig ist der hohe Anteil an Jungen (63 %).

Im Schuljahr 2008/09 waren es an öffentlichen Sonderschulen nur noch 39.400 Kinder von insgesamt 1.159.000 Schülerinnen und Schüler. Der Rückgang liegt hauptsächlich an den öffentlichen Förderschulen, die von mehr als der Hälfte (55%) aller Schüler der öffentlichen Sonderschulen besucht werden. Die Schülerzahl an diesen Förderschulen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um gut 800 Schüler (4%) verringert.

Schüler mit Behinderungen besuchen die allgemeine Schule, wenn sie dort nach den pädagogischen, finanziellen, personellen und organisatorischen Möglichkeiten dem Bildungsgang folgen können; die allgemeinen Schulen werden dabei von den Sonderschulen unterstützt. Die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung ist Aufgabe aller Schularten.

Allerdings, ein Kind wird in die entsprechende Sonderschule umgeschult, „wenn eine erfolgreiche Teilnahme am Bildungsgang der allgemeinen Schule unter den gegebenen Verhältnissen nicht ermöglicht werden kann“. Letzt endlich also entscheidet das Staatliche Schulamt anhand eines gestuften pädagogischen Verfahrens über die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule unter Gesamtwürdigung des Einzelfalls, der Beratungsergebnisse und der Rahmenbedingungen der Schularten.

Verkürzt ausgedrückt: Kann ein Kind dem Bildungsgang einer Schulart trotz Förderangebote nicht folgen, ist es zum Besuch einer entsprechenden Sonderschule verpflichtet.

Eltern haben kein Vetorecht. Einen zieldifferenten Unterricht lehnt die Landesregierung ab.

Zwar gibt es „Begegnungs- und Kooperationsprojekte“ in Regelschulen, demzufolge die allgemeinen Schulen nach § 15 SchG mit den Sonderschulen im Schullegen und Unterricht, soweit es nach Bildungs- und Erziehungszielen möglich ist, zusammenarbeiten, es gibt aber eine klare Einschränkung, die sich auf die Bildungs- und Erziehungsziele bezieht, z. B. Außenklassen.

In der **Großen Koalition** (1992-1996) wurden 5 Schulversuche zur gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung an allgemeinen Schulen durchgeführt. Die Schulen wurden wissenschaftlich begleitet. Alle Schulversuche waren erfolgreich.

Die neue Landesregierung aus CDU und FDP hat sich gegen Integrationsklassen und Inklusionsklassen ausgesprochen. Zwar wurden an wenigen Standorten sog. **ISEP** (Integrative Schulentwicklungsprojekte) zugelassen, die aber für alle Beteiligten einen hohen und unverantwortlichen Hürdenlauf bedeuteten. Inzwischen will die LR die ISEP abschaffen und nur noch so genannte Außenklassen zulassen.

Die **Außenklassen** können an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen sowie Gymnasien im Rahmen der gegebenen Verhältnisse von Sonderschulen gebildet werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit den beteiligten Schulträgern.

Tatsache ist, dass die Außenklassen immer Teil der jeweiligen Sonderschule am Standort der allgemeinen Schule sind und nicht integrativer Bestandteil. Die Kinder mit Behinderungen werden punktuell, je nach dem Willen der Lehrkräfte, gemeinsam unterrichtet.

2. Artikel 24 Bildung der UN-Konvention

Bundeskanzlerin Merkel unterzeichnete den Artikel 24 Bildung der UN-Konvention, der damit seit diesem Jahr verbindlich ist. UN und EU leiten aus der Formulierung in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – Bildung ist Menschenrecht – die Forderung ab, schulische Bildung möglichst inklusiv zu gestalten, d. h. alle Kinder in einer heterogenen Unterrichtsform lernen zu lassen.

Die UN-Konvention geht weit über das seit 1994 im Grundgesetz verankerte Prinzip „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ hinaus.

Artikel 24 Bildung

„(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel,

a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken;

b) Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen;

c) Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.

(2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass

a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;

b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben;

c) angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen getroffen werden;

d) Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern;

e) in Übereinstimmung mit dem Ziel der vollständigen Integration (*im englischen Originaltext heißt es „Inklusion“ d.V.*) wirksame individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden.

(3) Die Vertragsstaaten ermöglichen Menschen mit Behinderungen, lebenspraktische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen zu erwerben, um ihre volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung und als Mitglieder der Gemeinschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck ergreifen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen; unter anderem

a) erleichtern sie das Erlernen von Brailleschrift, alternativer Schrift, ergänzenden und alternativen Formen, Mitteln und Formaten der Kommunikation, den Erwerb von Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeiten sowie die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen und das Mentoring;

b) erleichtern sie das Erlernen der Gebärdensprache und die Förderung der sprachlichen Identität der Gehörlosen;

c) stellen sie sicher, dass blinden, gehörlosen oder taubblinden Menschen, insbesondere Kindern, Bildung in den Sprachen und Kommunikationsformen und mit den Kommunikationsmitteln, die für den Einzelnen am besten geeignet sind, sowie in einem Umfeld vermittelt wird, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet.

(4) Um zur Verwirklichung dieses Rechts beizutragen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen zur Einstellung von Lehrkräften, einschließlich solcher mit Behinderungen, die in Gebärdensprache oder Brailleschrift ausgebildet sind, und zur Schulung von Fachkräften sowie Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf allen Ebenen des Bildungswesens. Diese Schulung schließt die Schärfung des Bewusstseins für Behinderungen und die Verwendung geeigneter ergänzender und alternativer Formen, Mittel und Formate der Kommunikation sowie pädagogische Verfahren und Materialien zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen ein.

(5) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben.

Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten sicher, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden.“

Wichtig zu wissen ist, dass völkerrechtlich uneingeschränkt der englische Wortlaut der UN-Konvention gilt, beschlossen am 13. Dezember 2006 von der UN-Vollversammlung. Danach sind die Vertragsstaaten völkerrechtlich verpflichtet, das Recht auf Bildung für Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit in einem inklusiven Bildungssystem zu gewährleisten.

Das Ratifizierungsdilemma für die Bundesregierung lag darin, die Zustimmung der KMK und der Bundesländer zu bekommen. Dass die „eine Schule für alle“ trotz nachgewiesener Bildungsgerechtigkeit von der Mehrheit der Bundesländer nicht gewollt ist, ist bekannt. Das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales musste zu einem Übersetzungstrick greifen, um den Forderungsgehalt der Konvention zu verwässern. So wurde aus „inclusion“ im englischen Original in der deutschen Übersetzung einfach „Integration“.

Integration = Inklusion?

Die *Integration* unterscheidet zwischen Kindern mit und ohne „sonderpädagogischen Förderbedarf“.

Die *Inklusion* geht von der Besonderheit und den individuellen Bedürfnissen eines jeden Kindes aus.

Während die integrative Pädagogik die Eingliederung der „aussortierten“ Kinder mit Behinderung anstrebt, erhebt die inklusive Pädagogik den Anspruch, eine Antwort auf die komplette Vielfalt aller Kinder zu sein.

Sie tritt ein für das Recht aller Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft miteinander und voneinander in „einer Schule für alle“ zu lernen. Kein Kind soll ausgesondert werden, weil es den Anforderungen der Schule nicht entsprechen kann. Im Gegensatz zur Integration will die Inklusion nicht die Kinder den Bedingungen

der Schule anpassen, sondern die Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen und Besonderheiten der Schülerinnen und Schüler ausrichten.

Die Kultusminister wollen zunächst drei Jahre in einer Arbeitsgruppe beraten wie sie sich zu Artikel 24 der UN-Konvention verhalten sollen.

3. Bewertung

Wie sozial eine Gesellschaft ist, zeigt sich im Umgang mit behinderten Menschen. Oftmals sind Erwachsene verunsichert oder ablehnend, wenn sie es mit Behinderten zu tun haben. Wie sollen sie auch den Umgang mit behinderten Menschen gelernt haben, wenn sie in ihrer Kindheit und Jugendphase nie die Gelegenheit dazu hatten. Deshalb gehört es zur Selbstverständlichkeit im Leben eines jeden Menschen den Umgang mit behinderten Menschen von jung an zu erfahren.

Eine Bildungspolitik der Inklusion wird durch unterschiedliche Faktoren verhindert. Dazu gehört die institutionelle Trägheit des Bildungswesens, das sich in seiner Mehrgliedrigkeit verfängt und die Schularten sich gegenüber der jeweils „niedrigeren“ Schulart definieren bzw. abgrenzen. Auch gibt es ein starkes Interesse der (sonder-) pädagogischen Lehrkräfte das bestehende hoch differenzierte Sonderschulsystem in seiner jetzigen Form zu erhalten.

Hinzu kommt die schon gebetsmühlenhafte Behauptung durch die Koalitionsfraktionen (obwohl das Gegenteil längst bewiesen ist), dass sich das gegliederte Schulsystem bewährt habe und demzufolge gemeinsamer Unterricht nicht möglich sei. Sonderpädagogische Lehrkräfte sollen deshalb nicht in inklusiven Schulen arbeiten. Heterogenität wird als Störfaktor und nicht als Chance verstanden.

Das baden-württembergische (deutsche) Sonderschulsystem stellt ein räumlich getrenntes und in Inhalt und Umfang reduziertes Angebot an Lernmöglichkeiten zur Verfügung. Der überwiegend größte Teil der Abgänger (bundesweit 80 %) erhalten keinen qualifizierenden Schulabschluss. Dies wirkt stigmatisierend und führt nicht zu einer langfristigen gesellschaftlichen Teilhabe. Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen wird durch Ausgrenzung behindert.

Zahlreiche Beispiele (u. a. auch die 5 Schulversuche) in anderen Ländern zeigen, dass inklusive Bildung möglich ist, wenn sie politisch gewollt ist. Inklusives Lernen fördert das kognitive und soziale Lernen und verbessert den Zugang zu beruflicher Bildung und zum Arbeitsmarkt.

Der Zugang aller zu inklusiver Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und eines selbstbestimmten Lebens.

4. Forderungen für eine inklusive Bildungspolitik

Ziel ist ein Bildungssystem, in dem alle Kinder und Jugendliche (einschließlich behinderter Kinder und Jugendlicher) gemeinsam lernen und leben.

- Jedes Kind hat Anspruch auf Aufnahme in den zuständigen Kindergarten und die zuständige allgemein bildende Schule. Die notwendigen individuelle Unterstützung und Förderung muss jedem Kind an seiner Einrichtung zur Verfügung gestellt werden.
- Die Vernetzung von Kindergarten und Schule muss spätestens im letzten Kindergartenjahr intensiv erfolgen.
- Auch Kinder mit schwerer Behinderung werden so weit als möglich in den gemeinsamen Unterricht einbezogen.
- Kindergarten und Regelschule müssen befähigt werden Kinder individuell und entsprechend ihrer Veranlagung zu fördern durch eine zieldifferente Arbeitsweise. Alle Kinder lernen voneinander vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II.
- Inklusion beginnt bereits im Kindergarten. Fördermaßnahmen sind dann wirksam, wenn pädagogische Fachkräfte in kleinen Gruppen arbeiten.
- Die sonderpädagogische und therapeutische Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher ist Bestandteil der pädagogischen Konzepte aller Kindergärten und Schulen. Die pädagogischen und therapeutischen Kräfte arbeiten im Team. Jedem Schüler wird die Möglichkeit eingeräumt, an allen schulischen Aktivitäten teilzuhaben.
- Förderschulen entwickeln sich zu Förderzentren und öffnen sich auch für nicht behinderte Kinder.
- Schulen, die inklusiv arbeiten, sind gebundene Ganztageschulen. Sie sollen möglichst wohnortnah angeboten werden. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe erhalten sie die dafür notwendige personelle, sächliche Ausstattung.
- Die Klassengröße bei zieldifferentem Unterricht beträgt maximal 20 Kinder, davon max. 5 behinderte Kinder. Es gilt das Zwei-Lehrerprinzip.
- Eltern erhalten ein qualifiziertes Wahlrecht und entscheiden, ob ihr Kind eine (inklusive arbeitende) allgemeine Schule oder eine entsprechende Sonderschule besucht.
- Für Erzieherinnen und Lehrkräfte müssen Fortbildung, Begleitung und Unterstützung zur Umsetzung eines inklusiven Bildungsanspruches bereitgestellt werden.
- Die Erzieherinnenausbildung und alle Lehramtsstudiengänge müssen an die Anforderungen einer inklusiven Bildung angepasst werden.

Norbert Zeller MdL

Beschlossen von der SPD-Landtagsfraktion BW in der Sitzung am 3.3.2009